VERFAHRENSVERMERKE

Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBI, I. S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 10 August 2009 (GVBI. S. 383) in der zuletzt geänderten geltenden Fassung hat der Stadtrat de _andeshauptstadt Magdeburg am xx.xx.xxxx den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 178-4.1 "Osterburger Straße" bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), einschließlich dem Vorhaben- und Erschließungsplan als Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, als Satzung beschlossen.

Maqdeburg, den

Oberbürgermeister

Die verwendete Planunterlage enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtehaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach.

Magdeburg, den

ObVerming./Fachbereich Vermessungsamt und Baurecht

Entwurfsbearbeitung Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 178-4.1 wurde ausgearbeitet vom:

Magdeburg, den

Planverfasser

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Maadeburg hat auf seiner Sitzung am xx.xx.xxxx gemäß § 1 Abs. 3. §12 Abs. 2 und § 3 Abs. 2BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers die Einleitung und Auslegung des planes Nr. 178-4.1 "Osterburger Straße" beschlossen. er vorhabenbezogene Bebauungsplan wird nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Gemäß § 13a Abs. 2 gelten die Vorschriften nach § 13 Abs. 2 und Abs. 3 Satz BauGB entsprechend. Der Einleitungs- und Auslegungsbeschluss wurde

gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB am xx.xx.xxxx über das Amtsblatt Nr. xxxx ortsüblich bekannt gemacht.

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Die Mitteilung und Anfrage an die für die Raumordung und Landesplanung zuständige Behörde ist gemäß §1 Abs. 4 BauGB erfolgt.

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt, mit Schreiben vom xx.xx.xxxx zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert, sowie von der öffentlichen Auslegung benachrichtigt worden.

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat auf seiner Sitzung am xx.xx.xxxx dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 178-4.1 und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am xx.xx.xxxx über das Amtsblatt Nr. xxxx ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und die Begründung haben vom xx.xx.xxx bis xx.xx.xxxx gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Nach Prüfung, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB, der abgegebenen Stellungnahmen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 178-4.1 einschließlich Vorhaben- und Erschließungsplan als Bestandteil des vorhabenbezogen Bebauungsplanes und nach Kenntnisnahme des gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB abgeschlossenen Durchführungsvertrages, auf seiner Sitzung am xx.xx.xxxx als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen sowie die Begründung gebilligt.

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Es wird hiermit beglaubigt, dass dieser Plan mit der Urschrift des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 178-4.1 übereinstimmt.

Magdeburg, den

Stadtplanungsamt

Die Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauunasplan Nr. 178-4.1. einschließlich Vorhabenund Erschließungsplan als Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B) in der Fassung vom wird hiermit ausgefertigt.

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Der Beschluss der Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 178-4.1 ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 178–4.1

"Osterburger Straße" ist damit in Kraft getreten.

Magdeburg, den

Oberbürgermeister

Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sind in Verbindung mit § 215 BauGB eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneter Verfahrens- oder Formvorschriften, eine Verletzung der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschrif ten über das Verhältnis des vorhabenbezogen Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes sowie in § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB aufgezeigte Mängel des Abwägungsvorganges nicht geltend

Magdeburg, der

Stadtplanungsamt

PLANZEICHENERKLÄRUNG (GEM. §2 PLANZV 90) ART DER BAULICHEN NUTZUNG VERKEHRSFLÄCHEN (gem. § 9 Abs.1 BauGB) (gem. § 9 Abs.1 BauGB) Bauliche Anlage — Wohngebäude St Stellplatz Wohnbauland Versickerungsmulde MAB DER BAULICHEN NUTZUNG (gem. § 9 Abs.1 BauGB) (12) Geschoßflächenzahl GFZ 0.4 Grundflächenzahl GRZ GHmax Gebäudehöhe als Höchstmaß

Osterburger Stroße

10038

SONSTIGE PLANZEICHEN

0.4 (1.2) GHmax=11.50m ü.OKG

Umgrenzung von privaten Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern Anpflanzen von Bäumen

öffentliche Verkehrsflächen verkehrsberuhigter Bereich Erhalt von vorhandenen



0.4 (1.2) GHmax=11.50m ü.0KG

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des bauunasplans

Entfernen von vorhandenen



Lärmpegelbereich V \leq 75 dB(A)

Vermessung im M 1:250 wurde zur Verfügung qestellt von: ObVI Hartmann Agnetenstraße 10 39106 Magdeburg

(1.2) GHmax=11.50m ü.0KG

Flurstück:

Gemarkuna: Magdeburg Flur:

KARTENGRUNDLAGE

275 161/19;947/161;948/161 949/161;772/161; 10039

LS 150 Lagestatus: HS 160(NHN) (NHN=HN+0,14m) Höhenstatus

PLANTEIL B

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 BauGB)

PLANTEIL A

Auf den privaten Grundstücksflächen im Plangebiet sind die in nebenstehender Planzeichnung festgesetzten baulichen Anlagen zugelassen: - Wohngehäude in offener Rauweise

Darüber hinaus sind untergeordnete Garagen und Nebenanlagen zulässig, wenn sie dem Nutzungszweck eines Wohngebietes nicht entgegenstehen und seiner Eigenart nicht widersprechen (§12 und § 14 BauNVO).

1.2. Grundflächenzahl GRZ (§17 BauNVO)

Auf den privaten Flächen werden nach § 17 BauNVO als Grundflächenzahl GRZ

o,+ lesigesetzt.

Die gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO mögliche Überschreitung der GRZ durch die dort genannten Anlagen (Garagen, Stellplätze, Zufahrten, Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO, bauliche Anlagen unter der Geländeoberfläche) wird auf 25 vom Hundert

1.3. Geschossflächenzahl (§17 BauNVO)

Auf den privaten Flächen werden nach § 17 BauNVO als Geschossflächenzahl GFZ 1,2 festgesetzt.

1.4. Gebäudehöhen (§18 BauNVO)

Gebäudehöhe im Sinne dieser Festlegung ist die Schnittlinie der Außenwand mit der Dachfirstlinie. Bezugssystem für die Festlegung der Gebäudehöhen ist die Höhe der Straßenverkehrsfläche, die das Grundstück erschließt.

Das auf den privaten Grundstücksflächen anfallende Niederschlagswasser ist durch die Anlieger aufzufangen und schadlos in den Untergrund abzuleiten. Die Ergebnisse und Hinweise des Baugrundgutachtens sind dabei zu berücksichtigen. Begeh- und befahrbare Verkehrsflächen, die auf Grund ihrer Zweckbestimmung nicht wasserdurchlässig befestigt sein müssen, wie z.B. PKW- Stellflächen, Fußwege u.ä. dürfen nur mit luft- und wasserdurchlässigen Belägen befestigt werden, wie z.B. mit möglichst grobfugigem Pflaster, Schotterrasen oder wassergebundener Decke. Der Fugenanteil muss hier mindestens 30% betragen.

Die in der Planzeichnung festgesetzten Baumfällungen sind fachmännisch von

Oktober bis Februar vorzunehmen. Die zu erhaltene Kastanie ist fachmännisch zurück zu schneiden. Innerhalb des Plangebietes erfolgt der Ersatz durch Anpflanzen von:

Außerhalb des Plangebietes erfolgt der Ersatz - auf dem Flurstück 161/1 durch Anpflanzen vo

1 Stck. Schwarzpappel, STU 18-20 3 xv 6 Stck. einheimischer Laubbäume, STU 18-20 3xv

- und auf dem Flurstück 1753/161 1 Stck. Nussbaum, STU 18-20 3 xv.

2 Stck. einheimische Laubbäume. STU 18-20. 3 xv.

Auf der östlichen Seite des Plangebietes sind zur grünordnerischen Einbindung des Gebietes und zur optischen Abschirmung der Wohnbereiche gegenüber der Rogatzer Straße Sträucher als Hainbuchenhecken (mindestens 2x v.. Pflanzhöhe 60-100cm) in einem maximalen Abstand von 60cm zu pflanzen.

Im Plangebiet kommt es durch Verkehrs- und Gewerbelärmimmissionen in einigen Bereichen zu Überschreitungen der Orientierungswerte nach DIN 18005. Für diese Bereiche sind Vorkehrungen im Sinne eines passiven Schallschutzes (Grundrißgestaltung und/oder bauliche Maßnahmen an den Fassaden) zu treffen.

Die Bemessung des passiven Schallschutzes an der Fassade hat nach Abschnitt 5 der DIN 4109 zu erfolgen, wobei von der in der Anlage 6 des ECO AKUSTIK-Gutachtens vom 11.07.2008 (Projekt- Nr.: ECO 08035) dokumentierten Verteilung der Lärmpegelbereiche auszugehen ist.

Bei Anordnung der Schlaf- und Kinderzimmer in Bereichen mit Pegeln > 50 dB(A) nachts zur Lärmquelle sind diese Räume mit schallgedämpften Lüftungsöffnungen auszustatten, die den Anforderungen der Lärmpegelbereiche erfüllen. Ausnahmen sind zulässig, wenn der Raum über mindestens ein Fenster verfügt vor dem geringere Außenlärmpegel anliegen.

--> Baumschutz

Die Satzung zum Schutz des Baumbestandes, der Großsträucher und Klettergehölze als geschützter Landschaftsbestandteil in der Landeshauptstadt Magdeburg -Baumschutzsatzung- vom 29.07.1993 ist zu beachten

DIN 18920 (Landschaftsbau: Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) bzw. der RAS LG 4 (Landschaftsgestaltung; Abschnitt 4 Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen) in

barem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen (§ 202 BauGB). Im Ubrigen gilt die DIN 18915 (Landschaftsbau; Bodenarbeiten für veaetationstechnische Zwecke; Bodenbearbeitungsverfahren) in der aktuellen Fassung. sowie das Bodenschutzgesetz (BodSchG) insbesondere § 4.

Sollten bei Bodenuntersuchungen, chemischen Analysen u.a. Hinweisen auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten (Auftreten von Fremdstoffen, Auffälligkeiten durch Farbe und/oder Geruch) festgestellt werden, ist das Umweltamt vor Beginn weiterer Maßnahmen unverzüglich und unaufgefordert zu informieren. Treten diese Hinweise während der vorgesehenen Erdarbeiten auf, sind die Arbeiten in dem hetroffenen Bereich sofort einzustellen und das Umweltamt ist ehenfalls zu informieren. Im Bereich der ehemaligen Bebauung (Kaufhalle, Garagen einschließlich der jeweils befestigten Verkehrsflächen) bzw. im Rahmen der vorgesehenen Geländeregulierung ist in den Bereichen, die zur Bepflanzung vorgesehen sind (i.W. Hausgärten bzw. Ersatzpflanzungen für zu fällende Bäume) eine durchwurzelbare Bodenschicht i.S. v. § 2 Nr. 11 der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) herzustellen. Bei der Herstellung der durchwurzelbaren Bodenschichten sind die Regelungen des § 12 BBodSchV zu beachten.

abwurfaebiet) eingestuft ist, muss bei der Durchführung von Tiefbaugrbeiten und sonstigen erdeingreifenden Maßnahmen mit dem Auffinden von Bombenblindgängern gerechnet werden.

Überprüfung der Fläche auf das Vorhandensein von Bombenblindgängern in der zuständigen Polizeidirektion gestellt werden.

DS0178/13 Anlage 2

Für Fingriffe in den Wurzelhereich bestehender Röume sind die Festlegungen der der aktuellen Fassung verbindlich.

Boden, der bei Veränderungen an der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutz-

Da der Geltungsbereich des B-Planes als Kampfmittelverdachtsfläche (Bomben-

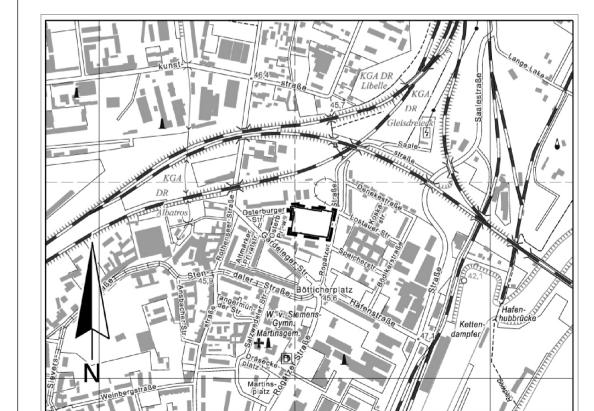
or Beginn der Baumaßnahmen sind demzufolge ein entsprechender Antrag auf

Landeshauptstadt

Magdeburg

Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 178-4.1 OSTERBURGER STRASSE

Stadtplanungsamt Magdeburg



Planverfasser:

Funk (0177) 492 88 84

E-MAIL: MATTHIAS, FUERSTE@T-ONLINE.D

FURSTE & PARTNER DIPLOMINGENIEURE & STADTPLANER 39104 MAGDEBURG + Harnackstraße 7 Tel.(0391) 5557932 Fax(0391) 5632658

Ausschnitt aus der topographischen Stadtkarte M 1:10 000 Stand des Stadtkartenauszuges: 04/2013

50 0 100 200 300 400

1:500 im Original - 99/30

SPIRIT_14\...\2013\MD\OsterbStrJuliBP.S12